

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Integrationsrat	22.06.2022	öffentlich
Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes) Gleichbehandlung aller Geflüchteter unabhängig vom Pass		
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Die Verwaltung stellt die Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Geflüchteter – unabhängig ihrer Herkunft und Nationalität – sicher und unterbindet strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlung.</p> <p>Für Geflüchtete aus der Ukraine bedeutet dies insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Stadt Bielefeld stellt sicher, dass die Aufnahme- und Hilfsangebote allen Geflüchteten aus der Ukraine gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden – unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Pass oder Aufenthaltstitel. • In Bereichen, in denen für die Inanspruchnahme das Vorzeigen des Ukrainischen Passes notwendig ist, stellt die Stad Bielefeld eine gleichwertige Bescheinigung für alle aus der Ukraine fliehenden Personen aus. • Die Stadt Bielefeld vertritt die Haltung, dass in Bezug auf die Unterstützung und Aufnahme von BiPoC-Personen an den Grenzen keine Unterschiede gemacht werden. Der Oberbürgermeister setzt sich dafür auch explizit beim Städtetag Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Städtetag ein. • Die Stadt Bielefeld setzt sich dafür ein, dass die Universitäten und Hochschulen der Stadt ausländische Studierende aus der Ukraine schnell und unbürokratisch übernehmen und immatrikulieren können. Dazu werden die Ermessensspielräume auf der kommunalen Ebene für die schnelle Gewährung des notwendigen Aufenthaltstitels zugunsten der Betroffenen vollumfänglich ausgeschöpft. <p>Begründung:</p> <p>Wir begrüßen die ersten umfassenden Maßnahmen, die die Stadt Bielefeld zur schnellen und unbürokratischen Aufnahme für ukrainische Geflüchtete getroffen hat. Die Bevölkerung der Ukraine ist jedoch deutlich vielfältiger.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unter den Ukrainern, die vor dem Krieg fliehen, gehören viele der Volksgruppe der Roma an. Im Netz wird behauptet, die geflüchteten Roma seien keine "echten" Flüchtlinge und versuchten, Leistungen zu erschleichen. Vermeintliche Beweise dafür – wie mangelnde Landeskunde oder fehlende ukrainische Pässe – sind jedoch mit der Lebensrealität der Roma in der Ukraine zu erklären. 		

Wie verschiedene Studien zeigen, ist keine andere Gruppe europaweit derart starken Vorurteilen ausgesetzt wie Sinti und Roma. Und bei keiner anderen Gruppe werden diese Sichtweisen als so berechtigt empfunden. „Wer abfällig über Schwarze redet, weiß meistens, dass er ein Vorurteil auslebt“, erklärt Radoslav Ganey vom Verein Romanity. „Bei Sinti und Roma ist das anders: Jahrhundertalte Klischees und Stereotype werden bei dieser Gruppe selten reflektiert.“ Dafür, dass Sinti und Roma durch antiziganistische Vorurteile und Strukturen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, werden sie auch noch selbst verantwortlich und verächtlich gemacht.

- Darüber hinaus haben, unterschiedlichen Schätzungen zufolge, etwa 20 Prozent der ukrainischen Bevölkerung einen russischen Pass, zudem halten sich Menschen mit unterschiedlichsten Pässen und Aufenthaltstiteln in der Ukraine auf. Laut DAAD befinden sich beispielsweise fast 76.000 ausländische Studierende in der Ukraine. Nach offiziellen Schätzungen stellen etwa 18.000 indische Studierende die größte Gruppe dar. Auch tausende afrikanische Studierende sollen sich in der Ukraine aufhalten.

Aus der Zivilgesellschaft erreichten uns Berichte, dass insbesondere BiPoC-Personen bei ihrer Flucht aus den Kriegsgebieten der Ukraine massivem Rassismus ausgesetzt sind. So werden geflüchtete BiPoC-Personen beispielsweise mit Racial Profiling konfrontiert und in das Kriegsgebiet zurückgeschickt. Das bestätigen zahlreiche Berichte, Videoaufnahmen, aber auch die Vereinigung Afrikanischer Mandatsträger*innen.

Die Gleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine mit oder ohne ukrainischem Pass muss jedoch in der Stadt des Sicheren Hafens selbstverständlich sein. Bielefeld soll daher für alle Schutzsuchenden ein sicherer, diskriminierungsfreier Hafen sein, an dem ein vielfältiges Angebot genutzt werden kann.

Die menschenrechtswidrige Ungleichbehandlung von Flüchtlingen in Deutschland beenden und einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Geflüchteten gewährleisten: Das fordert ein Zusammenschluss von 57 Organisationen und Verbänden aus den Bereichen Flucht und Gesundheit (<https://www.aerztewelt.org/presse-und-publikationen/presseinformationen/2022/05/31/gefluechtete-fair-sorgen>).

„An mehreren Orten mussten Kriegsflüchtlinge aus Syrien, dem Irak, aus Afghanistan oder dem Jemen aus ihren Unterkünften weichen und an Orte mit schlechter psychosozialer und medizinischer Versorgungsstruktur umziehen, um Platz zu machen für Geflüchtete aus der Ukraine. In einigen Kommunen ist es Geflüchteten aus der Ukraine möglich, kostenlos den Nahverkehr zu nutzen, während Geflüchtete aus anderen Ländern oft Schwierigkeiten haben, eine Arztpraxis aufzusuchen, weil sie sich die Transportkosten nicht leisten können. Deutschland hat sich völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung sicherzustellen“

Um der sich verschärfenden Klassenbildung unter allen schutzsuchenden Menschen entgegenzuwirken, ist es unbedingt erforderlich, Hilfsangebote grundsätzlich allen geflüchteten Menschen zugänglich zu machen.

Unterschrift:

Dr. Asma Ait Allali

Murisa Adilovic

